



Schader Stiftung

› **DenkwerkZUKUNFT**
Stiftung kulturelle Erneuerung

Neues Bewusstsein für neuen Wohlstand.
Schritte für Wissenschaft, Politik und Gesellschaft
**Ein Symposium des Denkwerk Zukunft
und der Schader-Stiftung**
1. / 2. Dezember 2014
Schader-Forum in Darmstadt

Bericht von Monika Berghäuser, Schader-Stiftung, Darmstadt

Gefördert durch die Sparkasse Darmstadt



Inhaltsverzeichnis

Wohlstand: materiell oder immateriell?	3
Nachhaltigkeit als Kriterium einer zukunftsfähigen Kultur	3
Die Steigerungslogik der Ökonomie	3
Wer verantwortet die Dominanz des Wachstumsgedankens?	4
Qualifiziertes Wachstum oder Null-Wachstum?	4
Immaterieller Wohlstand	5
Raum für neues Denken	5
Kompetenz zur Transformation	6
Die Ausrichtung in der Wissenschaft	6
Die Rolle der Politik	7
Entwicklungen in der Gesellschaft	7
Handeln in Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft	8
Pioniere des neuen Wohlstands	8
Schritte zur Post-Wachstumsgesellschaft	9
Was löst das notwendige Handeln aus?	10
Was wird von den Medien erwartet?	10
Verhaltensänderung auf individueller Ebene	10
Zivilgesellschaftliche Pioniere und Social Entrepreneurs	11
Ausblick	11

Garantiert Wachstum Wohlstand? Setzt Wohlstand Wachstum voraus? Von welchem Wohlstand sprechen wir beim Nachdenken über den Weg hin zu nachhaltigeren Wirtschafts- und Lebensweisen? Der Titel „Neues Bewusstsein für neuen Wohlstand“ des Symposiums des Denkwerk Zukunft und der Schader-Stiftung verweist auch auf die Ausgangsthese der zweitägigen Veranstaltung mit fünfzig Expertinnen und Experten am 1. und 2. Dezember 2014 im Schader-Forum in Darmstadt.

Wohlstand: materiell oder immateriell?

„Wir müssen uns lösen von dem herkömmlichen Wohlstandsbegriff, der stark dem Materiellen verhaftet ist.“ Mit dieser Feststellung leitet Meinhard Miegel, Vorstandsvorsitzender des Denkwerk Zukunft, die erste Session des Symposiums ein. Nur mit einem auch immateriellen Verständnis von Wohlstand kann es den Gesellschaften der früh industrialisierten, saturierten Länder gelingen, zu einer nachhaltigen, zukunftsfähigen Lebensweise zu wechseln, die die Kapazitäten des Planeten nicht überschreitet und die Grundlagen unseres Wohlstands nicht zerstört.

*Der Menschheit ist es mit ihrem Wissens- und Könnensstand nicht gelungen, ein gewisses Wohlstandsniveau innerhalb der Tragfähigkeitsgrenzen der Erde zu schaffen. Eine, wie ich meine, wirklich dramatische Situation. Es hat immer eine Diskrepanz gegeben zwischen dem, was wir konnten und dem, was wir wollten.
Meinhard Miegel*

Nachhaltigkeit als Kriterium einer zukunftsfähigen Kultur

Im Mittelpunkt des Impulsvortrags von Alois Glück, Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, steht der Begriff Nachhaltigkeit. Aus seiner Sicht ist Nachhaltigkeit ein Beurteilungsmaßstab, der sich für alle Lebensbereiche und Lebensräume eignet und allgemein vermittelbar ist. Soziale und politische Prozesse können anhand dieses Kriteriums daraufhin beurteilt werden, ob sie langfristig möglich und tragfähig sind.

*Nachhaltigkeit ist mehr als Technik und Ökonomie. Sie ist „werthaltig“ – Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit „sind Zwillinge“.
Alois Glück*

Dabei setzt die Verwirklichung des Leitbilds Nachhaltigkeit eine Veränderung dominanter Wertvorstellungen voraus: Solange der als clever gilt, der mit möglichst wenig Aufwand möglichst viel Nutzen für sich erzielt, fehlt der Gesellschaft das passende Leitbild für eine zukunftsfähige Kultur. Das positive Leitbild für einen souveränen persönlichen Lebensstil heißt: Bewusster Umgang mit den Gütern und die Fähigkeit, loslassen zu können und sich Grenzen zu setzen. Ressourcen zu schonen, kann in *keinem* Fall ein Fehler sein. In diesem Sinne fordert der ehemalige Präsident des Bayerischen Landtags Alois Glück, Leitbilder zu entwickeln, die Schubkraft für die notwendigen Veränderungen geben können.

Die Steigerungslogik der Ökonomie

Wo liegen die Ansatzpunkte für eine Förderung des Bewusstseins- und Verhaltenswandels in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft? Wie lassen sich immaterielle Wohlstandsziele gegenüber materiellen aufwerten? Angelika Zahrnt, Ehrenvorsitzende des BUND und Impulsgeberin des Symposiums, nimmt diese beiden Fragen zum Ausgangspunkt ihrer Überlegungen. Gerade als Ökonomin möchte sie materiellen oder immateriellen Wohlstand nicht als reines Gegensatzpaar definieren. Materieller Wohlstand kann in einer anderen Form als der heute üblichen mit weniger ökologischen und sozialen Kosten realisiert werden. Ein solches Verringerungsziel kontrastiert aber mit

der dominierenden Steigerungslogik der Ökonomie. Um die verfestigte Denkweise in den ökonomischen Fakultäten aufzubrechen, braucht es Anstöße von außen, aus der Gesellschaft und aus anderen wissenschaftlichen Disziplinen.

Die Steigerungslogik der Ökonomie steht im Widerspruch zur notwendigen Verringerung im Verbrauch von Energie, Ressourcen und generell von materiellen Ansprüchen.

Angelika Zahrt

Letztlich stellt sich die Frage: Wie messen wir Wachstum? Da alle Versuche, das Bruttoinlandsprodukt als Maßeinheit zu ersetzen oder zu ergänzen, bisher erfolglos waren, fragt Angelika Zahrt, ob zunächst Veränderungen in den kulturellen Wertschätzungen vorausgehen müssen, sei es in Bezug auf Unternehmensethik, sei es in Bezug auf den persönlichen Lebensstil. Zusätzlich sollte die Debatte um Wohlstand und Lebensqualität auf allen politischen Ebenen weitergeführt werden. Dabei sind die jeweiligen gruppenspezifischen Perspektiven zu berücksichtigen, etwa die von Frauen, deren geleistete (Haus-)Arbeit nicht durch das Bruttoinlandsprodukt abgebildet wird. Im gesellschaftlichen Bereich wünscht sie sich mehr Gestaltungsspielraum für konsumkritische Ansätze und Initiativen, die wiederum auch mehr zum Gegenstand der Forschung werden sollten. Nicht zuletzt favorisiert sie den Einsatz von Ironie und Witz in der Wachstumsdebatte, um die verbreitete einseitige Konsumorientierung aufs Korn zu nehmen.

Wer verantwortet die Dominanz des Wachstumsgedankens?

In dem lebhaften Disput, der auf die Impulsvorträge folgt, gehen die Ansichten darüber auseinander, wer oder was in unserer Gesellschaft als Auslöser der allgegenwärtigen Steigerungslogik auszumachen ist. Unternehmen, die ihren Produkten eine begrenzte Lebensdauer mitgeben? Die Ökonomie als weitgehend einseitig ausgerichtetes Fach? Wird die Wachstumsidee befeuert durch unsere Werbe- und Kommunikationskultur? Oder liegt es an unserem individuellen Konsumverhalten, und ist das wiederum durch Bedürfnisse geprägt, die von anderen bestimmt werden?

Es wird gemahnt, die Rolle der Ökonomie nicht zu überschätzen. Schließlich ist es die Politik, die, um Arbeitsplätze zu sichern, nach wachstumsbelebenden Konjunkturprogrammen fragt. Andererseits, so die Gegenrede, darf nicht außer Acht bleiben, wer die Politik berät und beeinflusst. Die Macht von Wirtschaftsverbänden und die Praxis von Unternehmen, ihre „besten Leute“ für die Lobbyarbeit einzusetzen, sind zu berücksichtigen.

Historisch ist der Impetus pro Wachstum, so ein Diskussionsbeitrag, in der Sphäre der Politik zu verorten: 1946 richteten die Vereinigten Staaten von Amerika ihre Politik auf die Ziele Beschäftigung und Wachstum aus. Das setzt sich bis heute fort. Im Leitbild kalifornischer Erfolgfirmen und Start-ups – ungehindertes Wachstum, immer mehr „Gas geben“ – kommt eine Moral zum Tragen, die in einer strikten Arbeitsethik gründet. Welche kulturellen Werte, so schließt dieser Beitrag, kann Europa dem entgegensetzen?

Qualifiziertes Wachstum oder Null-Wachstum?

Überlegungen, ob Wachstumsregulierung Aufgabe des Staates oder, neoklassisch, in die Gesellschaft auszulagern ist, konterkariert Meinhard Miegel mit der Frage: Kann Wachstum komplett gestoppt werden und will das einer der Anwesenden? Auf Nicht-Wachstum, wendet eine Teilnehmerin ein, sind wir nicht eingestellt. Wir wären gezwungen, unsere Zahlenfixierung zu überdenken – schwierig in einer Medienöffentlichkeit, wo Erfolge messbar sein sollen.

Favorisiertes Ziel unter den Teilnehmenden ist ein qualifiziertes Wachstum mit Zunahmen in nachhaltigen, innovativen Sparten. Entschieden werden müsste, „was wachsen soll und was nicht“. Es wird klargestellt, dass Nicht-Wachstum, wenn überhaupt, nur als Option in früh industrialisierten

sierten, saturierten Ländern relevant sein kann. Millionen Menschen leben in extremer Armut. Deshalb muss diese Diskussion differenziert und mit einer globalen Perspektive geführt werden. So basierte bereits das Konzept nachhaltiger Entwicklung im Brundtland-Bericht von 1987 auf der Unterscheidung zwischen Wachstum nachholender Art und Wachstum innerhalb der Tragfähigkeitsgrenzen der Erde.

Immaterieller Wohlstand

Mit welcher Form von Wachstum kann immaterieller Wohlstand entstehen? Muss Wohlstand grundsätzlich aus einem steigenden Ressourcenverbrauch resultieren? Aus dem Kreis der Teilnehmenden kommen Überlegungen, ob unterschiedliche Traditionen, auch unterschiedliche spirituelle Hintergründe alternative Zugänge zur Frage, was Wohlstand letztlich ausmacht, anbieten.

Ebenso steht die Frage im Raum, ob die Idee des Wachstums – auch als Gegenbegriff zum Stillstand – im Hinblick auf individuelles persönliches Wachstum funktioniert? Kann ein humanistisches Menschenbild das Menschenbild des homo oeconomicus ablösen? Sich mit Wachstum auseinanderzusetzen bedeutet, so wird ergänzt, nicht als Gefangene einer Werbekultur eigene Bedürfnisse von anderen bestimmen zu lassen, sondern ein Bewusstsein für die eigenen Grenzen zu entwickeln. Das beinhaltet, auch unser Verhältnis zu den Dingen zu verändern und ihre Qualität wertzuschätzen: Gebrauch statt Verbrauch. Oder mit Henry David Thoreau gesprochen: „Ein Mensch ist so reich wie die Anzahl der Dinge, auf die er verzichten kann.“

Ein weiterer Aspekt: Andere Lebensentwürfe gehen einher mit einer anderen Arbeitskultur. Als Gegenbild zum – in der Welt der Banken so typischen – Kreislauf von viel Arbeit, viel Verdienst und der Frage, wofür diesen ausgeben, wird ein Blick über die Grenzen empfohlen. Ein Teilnehmer resümiert seine Erfahrungen in Schweden: „Versuchen Sie dort mal, ein Meeting nach 16:00 Uhr anzuberaumen... Das wird nicht funktionieren, weil Arbeitnehmer dann Zeit mit ihrer Familie verbringen.“

Es ist die Unruhe der Zeit, die oft nicht in die Ruhe der Muße kommen lässt. Doch wer Muße hat, lebt nicht nach der Uhr.

Günter Figal

Raum für neues Denken

Wie, so fragen Denkwerk Zukunft und Schader-Stiftung, lässt sich in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft Raum für neue Denkweisen schaffen? Wie ist Forschung verstärkt auf gesellschaftliche Innovationen wie verändertes, nachhaltigeres Verhalten auszurichten?

Als Leiter des Referats für fachübergreifende sowie nachhaltigkeitspolitische Strategie- und Grundsatzfragen im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit ist Jörg Mayer-Ries mit innovativen Prozessen in Administration und Politik – und ihren Hindernissen – vertraut. In seinem Impulsvortrag liefert er einen „umweltpolitischen Laborbericht“, der seine persönlichen Überlegungen wiedergibt. Er fordert auf, Umwelt neu zu denken. Natur definiert er in Orientierung am Anthropozän-Konzept als menschengemacht. Er registriert ein erhebliches Maß an Nichtwissen und Nichtbeachtung: Unmittelbar sind Umweltgefährdungen nicht wahrzunehmen. Die absolute Schrumpfung der Ressourcen wird nicht erkannt.

Er plädiert dafür, nicht nur Umwelt, sondern auch die Beziehung von Umwelt und Gesellschaft neu zu denken. Leitbilder wie organisches, qualitatives Wachstum und ökologische Gerechtigkeit entwickeln sich nicht durch ungesteuerten Wandel, sondern erfordern ein Transformations-

management. Hier ist die Nachhaltigkeits- und Transformationsforschung gefordert, Fragestellungen und Erkenntnisse anzubieten.

Ein System- oder Bewusstseinswandel sowohl in Gesellschaft als auch in Politik ist Voraussetzung, um Verantwortung zuzuordnen und wahrnehmen zu können.

Jörg Mayer-Ries

Neues Denken ist, so Jörg Mayer-Ries, auch im Kontext von Umwelt und Politik gefragt. Es kommt darauf an, strategisch und längerfristig zu planen, weit über Zeiträume von drei bis vier Jahren hinaus. Umweltpolitik transformativ gedacht heißt, sie mit gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aufgabenfeldern zu verknüpfen. Neue umweltpolitische Themen sind zu identifizieren: Arbeit, soziale Sicherung, die Herstellung resilienterer integrierter Infrastrukturen. Umweltbildung braucht mehr Gewicht, nicht zuletzt, um die Transformationskompetenz der Bürger zu erhöhen.

Kompetenz zur Transformation

Um Transformationskompetenz geht es auch im folgenden Impuls. Wie steht es um unsere transformative Literacy, also die Fähigkeit, gesellschaftliche Veränderungsprozesse zu verstehen und eigenes Handeln in diese Prozesse einzubringen, fragt Uwe Schneidewind in seinem Impuls. Er ist Präsident des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Energie, das als Vorreiter dieser Thematik agiert. Im Hinblick auf das Sich-Orientieren in Transformationsprozessen unterscheidet er drei konzeptionelle Schulen: eine eher idealistische Richtung – Ideen verändern die Welt, davon leitet sich alles andere ab –, ein institutionalistischer Ansatz, wonach Veränderungen durch Politiken bewirkt werden und schließlich die interventionistische Herangehensweise: neue Technologien und Infrastrukturen bewirken Veränderungen. Dieses dritte Konzept prägt nach seiner Einschätzung die aktuelle politische Gestaltung. Wie die drei Ansätze zusammenwirken und sich gegenseitig beeinflussen, ist Gegenstand seiner Forschung.

In der gegenwärtigen konkreten Transformationsphase kann man nach seiner Ansicht nicht „empiriefrei“ vorgehen. Statt auf anekdotische Evidenz setzt er auf Experimentierräume, Orte, an denen Transformationsprozesse in situ ausprobiert werden können. Hier bilden sich urbane Räume als zentraler Laborbezug heraus, insbesondere aus einer globalen Perspektive. Denn an diesen Transformationsorten kommt alles zusammen: kulturelle Vielfalt, ökologische Herausforderungen – ein für ihn hochinteressanter Bezugsraum.

Aus einer interkulturellen Lernperspektive ist es extrem spannend anzuschauen, wie Transformation in islamisch geprägten im Unterschied zu christlich oder hinduistisch geprägten Städten funktioniert.

Uwe Schneidewind

Die Ausrichtung in der Wissenschaft

Uwe Schneidewind beschreibt in seinem Impuls das „Produktivsystem Wissenschaft“ als einen Bereich, der mit dem realen Leben nur lose verkoppelt ist und in den meisten Fällen fast völlig resonanzfrei bleibt. Wissenschaftler agieren mehrheitlich in einem reinen Beobachtungsmodus. Daraus resultieren in der Ökonomie und anderen Disziplinen vertane Chancen und eine „schon fast fatale Verschwendung“ von Mitteln. Gegenpol wäre eine Einrichtung wie das interdisziplinär ausgerichtete Transformationslabor „TransZent“ des Wuppertal Instituts, wo sich Studierende der Bergischen Universität Wuppertal mit gesellschaftlichen, kulturellen, sozioökonomischen und ökologischen Wandlungsprozessen in ihrer Stadt auseinandersetzen. In einer solchen Konstellation sieht er den Lernprozess gekoppelt mit dem konkreten Vorantreiben der Transformation.

Auch Jörg Mayer-Ries hatte in seinem Impulsvortrag anwendungsorientierte und stärker transformativ und interdisziplinär ausgerichtete Forschung für notwendig erachtet. Wie im Gespräch

seiner und Schneidewinds Analyse entgegenhalten wird, kann insbesondere das Verhältnis von Wissenschaft und Politik nicht mehr als resonanzfrei beschrieben werden, da es sich verbessert hat. In der Umsetzung der Transdisziplinarität werden in Wissenschaft und Wissenschaftsmanagement ebenfalls Fortschritte verzeichnet.

*Müssen wir in modernen Wissensgesellschaften nicht einen ganz neuen Gesellschaftsvertrag zwischen Wissenschaft und Gesellschaft schließen?
Uwe Schneidewind*

Kritik wird allerdings an der Neuberufungspraxis der Hochschulen laut. Reinhard Loske zufolge sind hierbei Themen wie Nachhaltigkeit und New Economy nicht vertreten. Andere pflichten ihm bei, dass immer noch neoliberales Denken die ökonomischen Fakultäten prägt. Diese sollten indessen über *neue* ökonomische Fragestellungen nachdenken. Forschungsbedarf sieht eine Teilnehmerin auch in der Frage, auf welchem Weg und mit welchen Mitteln soziale Sicherungssysteme in Zeiten ohne Wirtschaftswachstum aufrechterhalten werden können. Dabei sollte die Wissenschaft Forschungsverbünde kreieren.

Vorbild für ein klares Statement von Wissenschaftsseite könnte die Göttinger Erklärung von 1957 sein, in der sich achtzehn renommierte Atomforscher gegen eine Aufrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen aussprachen.

Die Rolle der Politik

Auch in der zweiten Session des Symposiums wird das Thema Politikberatung reflektiert: Die Gesellschaft sollte sich, so eine kritische Bemerkung, vor Augen führen, wie Lobbyarbeit strukturiert ist. Wer ist ihr Träger, wer erhält die Zulassung zur Lobbyarbeit? Angemerkt wird, dass politische Handlungsträger beispielsweise die Interessenvertreter erneuerbarer Energien nur unzureichend wahrnehmen. Zudem funktioniert Lobbyismus einseitig: Bürgerschaftliche Initiativen oder Genossenschaften sind auf der „Lobbyliste“ nicht vertreten.

Überhaupt sollten Querdenken sowie systemisches und gewachsenes Wissen in der Politik viel ausgeprägter Anwendung finden. Veränderungen in der Politik setzen Entwicklungen in der Zivilgesellschaft voraus, hat Alois Glück beobachtet. Die Parteien selbst sind nicht kreativ. Ihre Innovationskraft ist abhängig vom Aufnehmen neuer Impulse von außen.

*Aus der Politik kommen die zentralen Innovationen nicht mehr.
Politik vollzieht nach, was in der Gesellschaft vorgegangen ist.
Reinhard Loske*

Anstöße aus der Gesellschaft sind gefragt – doch: Wer hat wann seinen zuständigen Bundestagsabgeordneten auf Aspekte der Nachhaltigkeit angesprochen? Das müsste wiederholt und von vielen Seiten geschehen. Bürgerinnen und Bürger sollten durch den Eintritt in Parteien politisch im Sinne der Nachhaltigkeit Einfluss nehmen.

Entwicklungen in der Gesellschaft

Wie wird die Bereitschaft der Gesellschaft beurteilt, sich neuen Fragestellungen und Denkweisen im Entscheidungsspielraum zwischen materiellen und immateriellen Wohlstandszielen zu öffnen? Hier weichen die Einschätzungen voneinander ab. Eindeutig „will der Mainstream Konsum“. Der Kapitalismus, ein „verdammtes intelligentes Tier“, hält das Primat. Andere in der Runde registrieren, dass die Betonung des Materiellen rückläufig ist. Sie sehen eine jüngere Generation, die soziale Beziehungen und frei verfügbare Zeit wertschätzt. Beobachtet wird eine Gesellschaft, die zunehmend Sinnfragen stellt. Das Interesse an kulturellen Werten Asiens wächst, der Buddhismus findet Zulauf. Achtsamkeit und Nachhaltigkeit, eine andere Zeitkultur – Muße – werden zum

Thema. Ausdruck fand der Wert der Muße bereits in der Dinnerspeech Günter Figals am Vorabend des Symposiums.

Ein Unterschied zur wachstumskritischen Debatte der 1970er-Jahre: Seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts zeigt sich eine kulturpolitische Dimension in Form positiver Visionen und konkreter Handlungsinitiativen, die Raum bieten, um Nachhaltigkeit zu *leben*, sie also nicht nur im wissenschaftlichen und medialen Umfeld zu diskutieren.

Handeln in Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft

Meinhard Miegel appelliert zu Beginn der dritten Session, konkretes notwendiges Handeln zu besprechen, ohne sich auf eine Position zurückzuziehen, die sich mit dem Argument zufrieden gibt, es passiere doch schon so viel.

Im Gespräch darüber, was geschehen müsste, sollte dies nicht verwechselt werden mit dem, was geschehen muss, und zwar sehr, sehr schnell. Für detailliertes Nachdenken über Methoden und Techniken, um Veränderungen zu erreichen, bleibt keine Zeit.

Meinhard Miegel

In den siebziger Jahren bewegten sich Deutschland und die anderen hoch industrialisierten Länder noch innerhalb der ökologischen Tragfähigkeitsgrenzen der Erde. Fragen nach Ökologie und Wachstum zu stellen, schien zu diesem Zeitpunkt nicht notwendig zu sein. Bei Fortsetzen der Entwicklung einschließlich Umsetzung aller Maßnahmen zu ihrer Besserung werden wir 2030 zwei Globen beanspruchen. Hat die intensive Beschäftigung mit diesen Fragen etwas bewirkt – oder die Entwicklung verlangsamt? Wir diskutieren, aber gleichzeitig zieht die Wirklichkeit an uns vorbei. Es geschieht alles Mögliche, aber es verändert sich nichts. Es hat sich in den vergangenen zwanzig bis dreißig Jahren trotz unserer Bemühungen so gut wie nichts verändert. Wenn man genau hinschaut, hat sich die Situation verschlechtert.

Am Beispiel Waldsterben demonstriert Meinhard Miegel, wie beunruhigende Informationen „in Vergessenheit geraten“: Objektiv hat sich die Situation nicht grundlegend verbessert, aber das Thema ist aus dem Bewusstsein der Öffentlichkeit verschwunden. Liegt es am Eindruck, über Waldsterben sei genug geredet worden? Führen heutige junge Menschen den Begriff „Waldsterben“ noch im aktiven Wortschatz? An Beispielen wie Globalisierung, Urbanisierung und Digitalisierung hingegen wird deutlich, wie zäh der Prozess verläuft, bis neue Entwicklungen wirklich wahrgenommen, geschweige denn behandelt werden.

Ansätze für eine Entwicklung zum Besseren sind partiell zu verzeichnen. So wird etwa auf das erfolgreiche Beispiel der Luftreinhaltung im Ruhrgebiet hingewiesen. Eine Entkopplung von Wachstum und Emissionen ist nach dieser Einschätzung möglich, da derzeit bei gleichbleibendem Energieverbrauch die Wirtschaft in Deutschland wächst.

Pioniere des neuen Wohlstands

Wie Reinhard Loske, Professor für Politik, Nachhaltigkeit und Transformationsdynamik an der Universität Witten/Herdecke, in seinem Impulsvortrag feststellt, gibt es für die Transformation hin zu einer Ökonomie der Nachhaltigkeit keinen „Masterplan“. In neuen kooperativen Wirtschaftsformen sieht er jedoch Potential für eine gute Entwicklung. Innovationen werden zunächst von Einzelnen in der Nische praktiziert. Welches sind die Erfolgsbedingungen, um das Nischendasein sozial-ökologisch orientierter Pioniere und die Ökonomie des Teilens in den Mainstream zu überführen?

Publizität ist wichtig, und die Medien nehmen sozio-ökologische Innovationen mittlerweile stärker wahr. Förderliche politische Rahmenbedingungen zur Verbreitung der gewünschten Praxis müssen geschaffen werden. Der Stellenwert dieser Rahmenbedingungen zeigt sich, dies als Beispiel, nach Erlass des Stromeinspeisungsgesetzes: Es folgte – auch dank neugegründeter Energiegenossenschaften – eine deutliche Zunahme erneuerbarer Energien. Wobei nicht zu übersehen ist, dass bereits heute Ansätze nachhaltiger Ökonomie – wie etwa Car-Sharing, das eine Reduzierung des Individualverkehrs bewirken soll – durch große Konzerne nachgeahmt und kommerzialisiert werden.

Schritte zur Post-Wachstumsgesellschaft

Klaus Wiegandt, Gründer der Stiftung Forum für Verantwortung und bis 1998 Vorstandssprecher eines großen Einzelhandelskonzerns, identifiziert in seinem Impulsvortrag mögliche konkrete Handlungsansätze für die drängendsten Probleme, nämlich Klimawandel, Biodiversität und Abholzung des Regenwaldes. Hier sind bereits irreparable Schäden entstanden.

Zunächst stellt sich für ihn die Frage, wie Nachhaltigkeit auf demokratischem Weg erreicht werden kann – ob Politik in der Lage sein wird, notwendige drastische Maßnahmen durchzuführen. Wo möglich, wird in der späteren Diskussion angemerkt, müssen wir uns eines Tages entscheiden, ob wir als Demokraten untergehen oder in einer Diktatur überleben wollen. Auf jeden Fall, so Klaus Wiegandt, bräuchte es klare Botschaften, um die Mehrheit in der Öffentlichkeit zu überzeugen und der Politik den erforderlichen Handlungsspielraum zu verschaffen: Am Beispiel eines fiktiven, absehbaren und genau datierbaren Asteroideneinschlags, der siebzig Prozent des Lebens auf der Erde auslöschen würde, zeigt er auf: Angesichts der drohenden Konsequenzen würde das erforderliche Zusammenwirken der Mehrheit zustande kommen, die Politik könnte handeln. Von einem ungebremsen Klimawandel gehen die gleichen Folgen aus. Trotzdem gelingt das gemeinsame Handeln der entscheidenden Akteure nicht.

Niemand hat den Mut vorzutreten und zu sagen: Klimaschutz kostet Geld – und ist nicht ohne Wohlstandsverlust zu haben. Klimaschutz hat einen Preis – für einen wirksamen Klimaschutz rechnet Klaus Wiegandt mit einer Summe von 500 Mrd. bis eine Billion Euro jährlich – das muss der Politik klar sein. Von Klimaschutzinvestitionen in diesem Umfang sind wir heute meilenweit entfernt. Die Summe entspräche ein bis zwei Prozent des Weltsozialprodukts und wäre bezahlbar, wie Klaus Wiegandt mit Blick auf die Höhe der Ausgaben für Rüstung feststellt. Oder sie könnte durch Einführung einer kleinen Mehrwertsteuer, 0,1 % würden reichen, auf Transaktionen im Weltfinanzsystem finanziert werden. Das Bezahlen des Klimaschutzes ist auch eine Frage der Steuergerechtigkeit, besonders im Hinblick auf große Einkommen und große Unternehmen. Eines wird nicht gehen: Sofort Minus-Wachstum zu fordern und radikal unsere Wirtschaft auf den Kopf zu stellen – das wird in der Gesellschaft nicht durchsetzbar sein, und wir müssten um politische Stabilitäten fürchten. Deshalb ist der Prozess zur Post-Wachstumsgesellschaft kulturell zu führen.

Wir haben nur ein Zeitfenster von fünfzehn bis maximal zwanzig Jahren, um die Weichen zu stellen für ein erträgliches Klima.

Klaus Wiegandt

Als Sofortmaßnahmen auf dem Weg dorthin fordert Klaus Wiegandt drei konkrete Schritte: Erstens könnte ein Stopp der Regenwaldabholzung den CO₂-Ausstoß um drei Mrd. Tonnen verringern. Diese Maßnahme würde Kosten in Höhe von 44 Mrd. Euro pro Jahr verursachen, unter anderem zum Ausgleich der Einnahmeausfälle in den Schwellenländern. Mit Wiederaufforstungsprojekten sind zweitens fünf Mrd. Tonnen CO₂ einzusparen. Drittens: Um den Wirkungsgrad alter Kohlekraftwerke zu erhöhen, müssten 300 Mrd. Euro pro Jahr eingesetzt werden, eine teure Maßnahme, mit der zugleich eine langfristige Festlegung auf diese Energieform einherginge. Der CO₂-

Einspareffekt läge bei drei Mrd. Tonnen. Langfristig sollte es darüber hinaus Bemühungen zur Senkung der Geburtenraten geben, flankiert durch den Anschlag der Basiswirtschaft.

Was löst das notwendige Handeln aus?

Im Gespräch der dritten Session gibt Reinhard Loske zu bedenken: Jeder tiefergehenden Transformation in einer Gesellschaft ging eine Katastrophe voraus. Sei es die Agrar-, die Chemie-, oder die Energiewende – aufrüttelnde Ereignisse wie Seveso oder Fukushima setzten einen entscheidenden Impuls zum Handeln. Das belegen auch Beispiele wie die Gründung des Roten Kreuzes nach der Schlacht von Solferino und die Verabschiedung der Menschenrechtscharta in Folge des Zweiten Weltkriegs.

Wenn man *vor* dem Eintreten derartiger Katastrophen das Schlimmste abwenden will, ist dann das Bewusstmachen heraufziehender Gefahren der einzige gangbare Weg, um Menschen zum Handeln zu bewegen? Es wird daran erinnert, wie wichtig ergänzende positive Narrative sind, die Möglichkeiten und Vorteile eines neuen Lebensstils aufzeigen. Zumal dann die Gefahr geringer ist, dass unangenehme Themen „weggedrückt“ oder ausschließlich in gesellschaftlichen Nischen wahrgenommen werden. Oder sind schlechte Nachrichten und Katastrophenmeldungen völlig verzichtbar? Wäre eine gelassene Haltung in Anbetracht der Unmöglichkeit, dass die Adressaten, dass Menschen die „Welt retten“, angebracht? In jedem Fall sollte, resümiert Reinhard Loske, die Tatsache des Klimawandels klar, und ohne zu relativieren, benannt werden.

Was wird von den Medien erwartet?

Themen wie Sharing Economy werden seit einiger Zeit auch in den Medien breiter wahrgenommen. Es wird auf eine neue Entwicklung hingewiesen: engagierter lösungsorientierter Journalismus, der aufzeigt, wo man hin will, der auch positive Bilder vermittelt und Agenda Setting leistet. Medien können die Botschaft verbreiten, dass Abstriche möglich sind, an Arbeitszeit, an Wachstum. Doch, wird eingewendet, auch *negative* Entwicklungen und Konsequenzen müssen publiziert werden. Umso mehr, als seitens der Industrie immer noch Stimmen laut werden, die skeptisch hinterfragen, ob der Klimawandel tatsächlich stattfindet.

Ein Forum von Journalisten, speziell Wirtschaftsjournalisten zum Thema Nachhaltigkeit wird angeregt. Ansätze in diese Richtung bietet schon jetzt, neben anderen, das Projekt gruenerjournalismus.de, ein Informationsmedium, das Journalisten lesen und das auch Themen wie journalistisches Rollenverständnis und Engagement von Medienleuten behandelt.

Verhaltensänderung auf individueller Ebene

Wie kann Handeln in Form von Verhaltensänderungen initiiert werden? Reicht ein pragmatischer Ansatz, wonach sich das Verhalten den realen Gegebenheiten wird anpassen *müssen*, aus? Oder setzen langfristige Verhaltensänderungen eine bestimmte Einstellung im Zusammenspiel mit gesellschaftlichen Normen voraus? Verhaltensänderung, so eine weitere Stimme, beruht auf Leidensdruck oder dem ausgeprägten Wunsch, ein Ziel zu erreichen, das die Anstrengung lohnt.

In Bezug auf die Dimension individueller Verantwortlichkeit gehen die Vorstellungen unter den Teilnehmenden auseinander. Persönliche Verantwortung sollte nicht an die Zivilgesellschaft abgegeben werden, sondern Individuen müssen ihre Verantwortung radikaler und offensiver wahrnehmen. Doch das, wird modifiziert, kann nicht bedeuten, die politische und gesellschaftliche Ebene auszugrenzen, vielmehr ist jeder Mensch in seinen konkreten sozialen Lebensbezügen zu sehen. In diesem Zusammenhang wird eingefordert, weg von der Individualisierung hin zu einem Konzept der wechselseitigen Mensch-Umwelt-Beziehung zu gelangen, das die Beziehung zur mitmenschlichen Umwelt wie auch den Bereich der institutionellen Umwelt mit einschließt.

Zivilgesellschaftliche Pioniere und Social Entrepreneurs

Unter dem Blickwinkel, dass jedes Individuum nicht nur Konsument, sondern auch Bürgerin oder Bürger ist, eröffnet sich der Weg für zivilgesellschaftliche Aktivitäten: Im Zusammenwirken, in der Vernetzung mit Gleichgesinnten kann die Veränderung politischer Rahmenbedingungen in Angriff genommen werden. Dabei ist massiver Druck der Zivilgesellschaft auf die Politik erforderlich, durch NGOs, Stiftungen, Initiativen, durch progressive Kräfte, die auch unter den besonders Wohlhabenden zu finden sind. Erforderlich ist die Vernetzung derzeit noch partikularer Interessen. An dieser Stelle wird auf das Netzwerk Wachstumswende hingewiesen, das geeignet ist, vor allem die jüngere Generation einzubeziehen. Generell sollten die Generationen stärker zusammengebracht werden und vernetzt agieren. So könnte es gelingen, allgemein gültige Regeln für ein nachhaltigeres Leben und Wirtschaften aller vorzusehen – es also nicht mehr eine im Zweifelsfall aufopfernde Selbstbegrenzung ist, ein gutes, den Planeten und die nachfolgenden Generationen nicht überlastendes Leben zu führen.

Spannende Initiativen zeigen sich vor allem in der jungen Generation: vom Do-it-yourself zum Do-it-together. Diesen Initiativen Gestaltungsraum zu geben, ist ein Ansatz, Bewusstseinswandel Praxis werden zu lassen – für andere sicht- und erlebbar.
Angelika Zahrt

Eine besondere Vorreiterrolle auf dem Weg zu nachhaltigeren Wirtschaftsformen wird weltanschaulich gebundenen Akteuren wie kirchlich-karitativen Unternehmen zugeschrieben, die ihr Handeln nach ethischen Maximen ausrichten. Angelika Zahrt ergänzt diesen Hinweis: Gerade Projekte etablierter Social Entrepreneurs, wie zum Beispiel die Caritas, können als Vorbild dienen.

Ausblick

Warum nicht auf zivilgesellschaftlicher Basis eine Neuauflage der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ zum Thema Nachhaltige Lebens- und Wirtschaftsweisen? Dies wird im Hinblick auf eine Weiterarbeit am Aufgabenbereich des Symposiums vorgeschlagen, zumal die Kommission bereits einen Gegenentwurf zur Fokussierung auf den Wachstumsmaßstab Bruttoinlandsprodukt entwickelt hatte.

Auch Alexander Gemeinhardt, Vorsitzender des Vorstands der Schader-Stiftung, fordert zum Schluss des Symposiums, es nicht bei Worten zu belassen. Zu konkreten Handlungen zu kommen, gemeinsame Strategien zu erarbeiten, durch vielfältige Aktionen ein ständiges Entwickeln in Richtung mehr Nachhaltigkeit zu erzielen: das sind die Schritte der Zukunft. Der Gedanke einer zivilgesellschaftlich getragenen Enquete-Kommission wird weiter verfolgt werden. Ein Vernetzen der treibenden Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Gesellschaft und Politik ist ein wichtiger Ansatz, dem das Denkwerk Zukunft und die Schader-Stiftung gerne weiter folgen werden.